

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung

Sitzungstermin: Donnerstag, 20.08.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr
Sitzungsort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Andrea Krönert

BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

reguläre Mitglieder

Andreas Engelmann

DIE LINKE.PARTEI

Anne Mucha

SPD

Robert Kröger

DIE LINKE.PARTEI

Rainer Bauer

CDU/UFR

Chris Günther

CDU/UFR

Vertretung für: Fran-
ziska Raeuber

Claudia Schulz

BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

Vertretung für: Ste-
phan Porst

Arno Pöker

SPD

Reinhart Kühner

Rostocker Bund

Marc Hannemann

Rostocker Bund

Andreas Szabó

FDP

Vertretung für: Julia
Kristin Pittasch

Verwaltung

Carmen Becke

Hauptamt, Kommunale Statistikstelle

Patrick Schmidt

Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und
Wirtschaft

Ines Gründel

Bauamt

Holger Matthäus

Senator für Infrastruktur, Umwelt und Bau

Gäste

Sebastian Krollmann

IHK zu Rostock

Antje Bernstein

Ostseezeitung

Heiner Lukas Beisert
Ulf Bonte

NNN

Abwesend

reguläre Mitglieder

Franziska Raeuber

CDU/UFR

entschuldigt

Stephan Porst

BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN

entschuldigt

Julia Kristin Pittasch

FDP (fraktionslos)

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der
Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und
der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom
06.08.2020
- 4 Anträge
- 4.1 Uwe Michaelis (für den Ortsbeirat Groß Klein)
Frühzeitiges Beraten von Bauvoranfragen für ein
Einvernehmen der Gemeinde
- 4.1.1 Frühzeitiges Beraten von Bauvoranfragen für ein
Einvernehmen der Gemeinde
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Vorstellung der neuen Bevölkerungsprognose für die
Hanse- und Universitätsstadt Rostock bis 2035
- 5.2 Vorstellung des Hochwasserschutzes (unter Vorbehalt)
- 5.3 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten,
Arbeitsgruppen o. Ä.
- 5.4 Weitere Informationen
- 6 Schließen der Sitzung

2020/AN/1085
Abstimmung entfallen

2020/AN/1085-01 (SN)
zur Kenntnis gegeben

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Krönert eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig zugegangen und durch Aushang bekannt gemacht worden. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 11 Mitgliedern oder deren Stellvertreter anwesend. Damit ist der Ausschuss beschlussfähig.

Frau Krönert informiert, dass Herr Andreas Szabó (FDP s.E.) jetzt stellvertretendes Mitglied im Ausschuss ist.

2 Änderung der Tagesordnung

Frau Krönert informiert, dass der TOP 5.2 entfällt. Der Tagesordnungspunkt wird voraussichtlich Ende September nachgeholt. Erst dann liegt dem StALU MM die Vorplanung bezüglich des Hochwasserschutzes für den Stadthafen vor.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig bestätigt.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.08.2020

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird mit 9 Fürstimmen, keiner Gegenstimme und 2 Stimmenthaltung genehmigt.

4 Anträge

4.1 Uwe Michaelis (für den Ortsbeirat Groß Klein)

2020/AN/1085

Frühzeitiges Beraten von Bauvoranfragen für ein Einvernehmen der Gemeinde

Frau Krönert stellt den Antrag vor. Im Bau- und Planungsausschuss wurden dazu bereits Änderungen besprochen.

Herr Pöker bringt einen Änderungsantrag ein. Im Austausch mit dem Ortsbeirat wurde die Intention geklärt und die Formulierung des Antrags konkreter gefasst.

Herr Engelmann erläutert den Hintergrund des Hauptantrags. Wenn der Ortsbeirat eine Beschlussvorlage für ein Einvernehmen der Gemeinde ablehnt, hat der Oberbürgermeister dennoch die Möglichkeit die Zustimmung zum Vorhaben zu erteilen. Wenn es zur Vorlage eines solchen Beschlusses im Ortsbeirat kommt, kann dieser aufgrund des fortgeschrittenen Verfahrens bereits keinen Einfluss mehr auf die Planungen nehmen. Daher sollte es schon vorher zu einer Klärung kommen.

Herr Pöker führt aus, dass es dazu klare Regelungen im Baurecht gibt.

Herr Matthäus informiert, dass es eine Abstimmung mit Frau Knitter und Herrn Prechtel als Vertreter der Ortsbeiräte bezüglich der zeitlichen Abfolge der Beteiligung der Ortsbeiräte gegeben hat. Bisher gab es kaum terminliche Überschneidungen von Ortsbeirats- und Ausschusssitzungen. Herr Szabó berichtet, dass die Vorlagen für die Ortsbeiratssitzungen oftmals zu kurzfristig eintreffen. Eine umfassende Vorbereitung ist in einigen Fällen nicht möglich. Es muss auch bedacht werden, dass es sich hierbei um ein Ehrenamt handelt.

Herr Kröger sagt, dass die Bürger bei der Gestaltung ihres Stadtteils mitreden wollen und aus diesem Grund auch frühzeitig beteiligt werden sollten. Dem stimmt Frau Schulz zu.

Frau Gründel erläutert, dass das bisherige Verfahren eigentlich gut funktioniert. Vor Antragstellung können die privaten Bauherren ihre Projekte auf freiwilliger Basis im Orts- oder Planungs- und Gestaltungsbeirat vorstellen. Private Bauherren erreichen auch oftmals nicht den Schwellenwert, sodass diese nicht das Einvernehmen der Gemeinde benötigen. Da ein Bauantrag binnen einer Frist von drei Monaten (vollständige Unterlagen vorausgesetzt) bearbeitet werden muss, erfolgt die Vorlage mitunter sehr kurzfristig.

Herr Bauer äußert das Problem, dass der Bauherr den Ortsbeirat nicht schon im Findungsprozess einbeziehen kann. Sofern der Bauherr aber eine Entscheidung getroffen hat, folgt umgehend der Bauantrag. Er berichtet, dass er monatlich eine Aufstellung aller eingegangenen Bauanträge in seinem Ortsbeiratsbereich vom Ortsamt zugesendet bekommt – auch die Anträge, die unter dem Schwellenwert liegen. Das bestätigt Frau Gründel. Den Ortsämtern geht monatlich eine entsprechende Liste zu.

Frau Gründel geht auf den Änderungsantrag ein und gibt zu bedenken, dass dem Ortsbeirat dann auch Bauvorhaben unter dem Schwellenwert vorgelegt werden und dass der Leitfaden für mitgestaltende Bürgerbeteiligung nur für städtische Projekte gilt.

Eine Abstimmung zu diesem Antrag entfällt, da sich die Ausschussmitglieder auf einen Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut verständigen.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ersetzt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle Bauvorhaben für die ein Einvernehmen der Gemeinde nach §36 BauGB herzustellen ist, frühzeitig vor Genehmigung des Bauantrages im zuständigen Ortsbeirat beraten zu lassen, ggf. muss die Hauptsatzung bzw. die Satzung der Ortsbeiräte diesbezüglich geändert werden.

Das Gleiche gilt für alle Bauvorhaben, die im Gestaltungsbeirat beraten werden.

Abstimmung Änderungsantrag:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	9
Dagegen:	2
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

4.1.1 Frühzeitiges Beraten von Bauvoranfragen für ein Einvernehmen der Gemeinde **2020/AN/1085-01 (SN)**

Die Stellungnahme wird den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben.

5 Verschiedenes

5.1 Vorstellung der neuen Bevölkerungsprognose für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock bis 2035

Frau Becke stellt die Bevölkerungsprognose mit einer PowerPoint-Präsentation vor. Herr Bauer erkundigt sich, ob aufgrund von Verrentungen freiwerdende Arbeitsplätze einbezogen sind. Er befürchtet, dass es irgendwann zwar Arbeitsplätze in der Stadt gibt, aber keinen Wohnraum. Frau Becke antwortet, dass bei der Prognose nur die Bevölkerungsentwicklung betrachtet wurde. Bei den äußeren Umständen wird ein gleichbleibender Stand angenommen.

Herr Pöker möchte gern wissen, inwieweit die Prognose in städtischen Planungen berücksichtigt wird. Herr Schmidt informiert, dass auf Grundlage der Bevölkerungsprognose die Haushalts- und Wohnungsnachfrageprognose erstellt wird. Die Prognose ist beauftragt, Ergebnisse werden zum Jahresende erwartet. Die Berechnungen haben sowohl die mittlere als auch die optimistische Variante als Grundlage, da die Planungen längerfristig Gültigkeit besitzen. Zusätzlich wird u.a. untersucht, wie die Entwicklung aus dem Bestand heraus erfolgt, welche Fluktuationsreserven vorzuhalten sind, mit welchem Maß an Zuzug zu rechnen ist und bei welcher Bebauungsdichte noch von einer Einfamilienhausähnlicher Bebauung auszugehen ist. Die Ergebnisse fließen dann in die Diskussion zum Flächennutzungsplan ein. Frau Becke ergänzt, dass sich auch andere städtische Planungen auf die Bevölkerungsprognose beziehen und viele Fachämter ihre Planungen dahingehend anpassen.

Frau Krönert weist darauf hin, dass auch die Effekte von alternativen Wohnformen untersucht werden sollten.

Herr Hannemann erfragt, inwieweit das Marinekommando Rostock und der erwartete Familiennachzug in der Prognose berücksichtigt sind. Frau Becke antwortet, dass es nur um die Bevölkerungsentwicklung geht. Eine Arbeitsplatzprognose ist nicht integriert.

Anlage 1 _Präsentation_Prognose_Ausschuss_kurz

5.2 Vorstellung des Hochwasserschutzes (unter Vorbehalt)

Der Tagesordnungspunkt entfällt und wird voraussichtlich Ende September nachgeholt.

**5.3 Informationen der Ausschussmitglieder aus Beiräten, Arbeitsgruppen
o. Ä.**

Es werden keine Informationen vorgetragen.

5.4 Weitere Informationen

Es werden keine weiteren Informationen vorgetragen.

6 Schließen der Sitzung

Frau Krönert schließt die Sitzung.